



Eduard Heußen **Fachkräftemangel oder Überakademisierung? Der zukünftige Bildungsbedarf aus Sicht der Unternehmen**

55 Prozent eines Jahrgangs wurden 2013 zum Studium zugelassen. Da sprechen einige von Überakademisierung. Vor allem der wachsende Fachkräftemangel, der durch den Geburtenknick zu einer Gefahr für die Wirtschaft zu werden scheint, wird als Argument herangezogen. Tatsächlich ist jedoch die Quote weder für die Jugendlichen noch für die Wirtschaft das Problem. Der Skandal liegt vielmehr in der gesellschaftlichen Ungleichheit bei den Zugangschancen zu höchster Bildung und Qualifikation und den Fehlsteuerungen im System: Es gibt zu viele Abbrecher und zu wenige Interessenten in den technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen. Deshalb besteht politischer Handlungsbedarf auf dem Feld der Einstellungsmuster und Voraussetzungen, die die Ausbildungs- und Studienwegentscheidungen beeinflussen, in den Unterstützungssystemen des Bildungswesens in den Schulen, Betrieben und Hochschulen und schließlich in der Verteilung der Ressourcen entlang der Bildungskette.

Die Herausforderungen werden größer

Viele entwickelte europäische Volkswirtschaften leiden unter hoher Jugendarbeitslosigkeit: Italien, Spanien, selbst Frankreich kennen Quoten von 20 bis 50 Prozent. Die vergleichsweise sehr niedrigen Quoten in der Bundesrepublik (2014 = 5,9 Prozent) lenken den Blick unserer Nachbarn auf das deutsche Bildungssystem. Es ist offenbar in der Lage, Nachwuchs für Spitzenqualifikationen zu liefern, wie auch eine wachsende Zahl von Schulabgängern mit niedrigem oder gar keinem Schulabschluss zu qualifizierten Arbeitsplätzen zu führen. Deutschland ist ein Ausbildungsland, Hoffnung für viele Jugendliche vor allem aus Südeuropa.

Von innen betrachtet sind allerdings in den letzten Jahren deutliche Veränderungen zu spüren. Der demografische Knick ist am Arbeitsmarkt angekommen. Viele Unternehmen in allen Regionen der Republik haben bereits

Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu besetzen. Dabei nimmt noch die Zahl derer, die ein Hochschulstudium beginnen, kontinuierlich zu. Im vergangenen Jahr waren es laut Wissenschaftsrat bereits 55 Prozent eines Jahrgangs. Diese Quote kann durchaus noch steigen, auch wenn die absoluten Zahlen wahrscheinlich bald ihren Höhepunkt überschreiten. Doch mit Blick auf den Berufseinstieg wird argumentiert, in der Orientierung auf Studium oder Ausbildung würden die Ausbildungsberufe unterbewertet. Zu viele Studienanfänger kämen dann nicht zu einem Abschluss und die dennoch vielen Hochschulabschlüsse führten zu einer Überakademisierung. Das gelte insbesondere auch deshalb, weil im Zuge des Bologna-Prozesses der Bachelor-Abschluss nach sechs Semestern noch nicht ausreichend angenommen worden sei. Die weitaus meisten Studierenden streben anders als in anderen OSZE-Ländern den Master-Abschluss an.

Diese Sorgen um die Zukunft werden aus gesellschaftspolitischer Sicht nicht kleiner, betrachtet man die traditionell beklagten Mängel des deutschen Bildungswesens wie die Übernachfrage nach Geistes- und Sozialwissenschaften und den gesellschaftspolitischen Skandal, dass Kinder aus Akademikerfamilien weitaus häufiger einen Studienplatz erreichen als Kinder aus Familien ohne akademische Vorbildung, insbesondere aus Einwandererfamilien. Beide klassischen Mängel sind nicht durch Einzelmaßnahmen (etwa „mehr Geld“, „mehr Studienplätze“, „kostenlose Kita-Plätze“) zu ändern, sondern nur durch den systemischen Blick auf die gesamte Bildungskette und dem Willen, an der Situation etwas zu ändern.

Angesichts der demografischen Entwicklung, der ökonomischen Notwendigkeiten und der Ungerechtigkeiten im System besteht politischer Handlungsbedarf.

- Er besteht auf dem Feld der Einstellungsmuster und Voraussetzungen, die die Ausbildungs- und Studienwegentscheidungen beeinflussen.
- Er besteht außerdem in den Unterstützungssystemen des Bildungswesens in den Schulen, Betrieben und Hochschulen.
- Der Handlungsbedarf besteht schließlich in der Verteilung der Ressourcen entlang der Bildungskette.

Leitbild 1: Die Verbindung von Theorie und Praxis, dem Meister den Hochschulzugang erleichtern

Die Anziehungskraft der Universitäten und Hochschulen, öffentlich oder privat, ist ungebrochen. Sie versprechen sichere Arbeitskarrieren, Wohlstand und sozialen Aufstieg und halten es auch. Wer daran rüttelt mit dem Argument der vermeintlichen Überakademisierung, tritt gegen den Zukunftsglauben der jungen Generation an. Wer wollte ihr die Chancen verwehren, die ihre Vorgänger genossen haben. Zumal die Anforderungen am Arbeitsmarkt durch fortschreitende Globalisierung steigen, bleibt das Leitbild „wirtschaftliche Zukunft durch Bildung und Qualifizierung“ richtig.

Der Erfolg des deutschen Bildungssystems für den Wirtschaftsstandort wird zunehmend der Kombination von handwerklich-meisterlichem Knowhow mit dem Verständnis des theoretischen Fundaments zugeschrieben, das Hochschulen und duale Studiengänge großer Unternehmen vermitteln können. Die Technik beherrschen und

verstehen, zeichnet heute eine Spitzenqualifikation aus, die wir im internationalen Wettbewerb brauchen. Die Palette solcher dualen Bildungsmöglichkeiten ist in den letzten zehn Jahren gewachsen und verdient es ausgebaut zu werden.

Die Möglichkeit, mit dem Meisterbrief den Zugang zur Hochschule zu bekommen, hat die Kombination von Handwerk und Studium attraktiver gemacht. Die Zahlen der Hochschulzugänge über den Meisterbrief wachsen, sind aber immer noch im einstelligen Prozentbereich. Doch gerade diese Kombination verspricht, die Schere der Lebensinkommenserwartung zwischen mittelständischem Handwerk und akademischen Berufen zu schließen. Schon heute gleichen sich die Lebensinkommenserwartungen an. Diesen Weg gilt es zu stärken, um trotz des demografischen Wandels die Arbeitskräftebasis für den wirtschaftlichen Erfolg nicht zu verlieren.

Leitbild 2: Deutsche Bildungstradition muss sich auf ihre Stärken in Mathematik, Naturwissenschaften, Technik (und heute Informationstechnologie) besinnen

An den heutigen Hochschulen stehen eine hohe Zahl von Studenten und Absolventen in den Geistes- und Sozialwissenschaften vergleichsweise wenigen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) gegenüber. Aus der Sicht der Wirtschaft liegt das Problem nicht im Wunsch vieler junger Menschen nach einem Studium sondern in den eingeschlagenen Studiengängen. Das deutsche Bildungswesen hat nicht immer der Philologie und den Sozialwissenschaften den Spitzenplatz zugewiesen. Die Nobelpreise vor und nach der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert und die technischen Innovationen dieser Zeit sprechen eine andere Sprache. Sie waren das Ergebnis einer bewussten Steuerung des Kaiserreiches. Erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts haben die (durchaus kostengünstigen) philologischen, juristischen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten einen proportional höheren Zulauf als die naturwissenschaftlichen Disziplinen.

Die Motivation zum Studium der Naturwissenschaften kann nicht erst mit der Wahl der Hochschule einsetzen. Entscheidend sind schon früher der Stellenwert der Naturwissenschaften während der Schulzeit und noch früher das Wecken naturwissenschaftlicher Neugier in der Vorschulzeit. Systemisch betrachtet besteht hier der Zusammen-

hang mit dem Mangel an Lehrern und gut ausgebildeten Lehrern in diesen Fächern in allen Regionen der Bundesrepublik und der unterentwickelten Bedeutung mathematischen und naturwissenschaftlichen Denkens. Viele Schulen in Deutschland bevorzugen nach wie vor geisteswissenschaftliche Bildungsinhalte im Abstand und oft in bewusster Abgrenzung zur „Verwertbarkeit“ im ökonomischen Zusammenhang. Naturwissenschaften gelten als schwer, anstrengend und nicht als bildungstauglich.

Das ist auch bei den Einstellungsmustern der Pädagogen zu beobachten. Der Wissenschaftsrat beklagt den Mangel an Information über die Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten in den MINT-Fächern. Das in einigen Bundesländern eingeführte Fach „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ orientiert sich oft an der traditionellen Arbeitslehre und den haptischen, handwerklichen Erfahrungen. Eine Orientierung auf die moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit ihrem fortlaufenden Innovationsbedarf ist noch zu leisten. Darin müssen auch anderen Schulfächer mitwirken. Eine engere personelle Verknüpfung der Pädagogen mit Ausbildungseinrichtungen und Hochschulen, eine bessere Berufsvorbereitung vor dem Abitur und ein besseres Marketing der Hochschulen in der zweiten Sekundarstufe können hohe Steuerungswirkung entfalten.

Unterstützungssystem 1: Studiengänge zeitlich und inhaltlich auf Praxis orientieren

Zu viele junge Menschen verbleiben in Deutschland zu lange im Bildungssystem. Diese Auffassung ging ein in den Bologna-Prozess, der die Hochschulabschlüsse international vergleichbar machen wollte. Der Bachelor-Abschluss sollte eine ausreichend akademische Grundlage für den Berufseintritt sein, der Master sollte als Abschluss für die traditionellen akademischen Berufe dienen, die Promotion soll sich an den Forschungsnachwuchs richten. Tatsächlich hat die Wirtschaft den Bachelor angenommen, die Übergangszahlen in die Wirtschaft und den Beruf mit dem Bachelor wachsen. Doch entgegen den Zielvorstellungen (40 Prozent) bewerben sich 80 Prozent der Studenten für das weiter gehende Master-Studium.

Eine Ursache liegt sicherlich darin, dass in Deutschland im noch jungen Bologna-Prozess die gesellschaftlich-kulturelle Prägung anders als beispielsweise in den Vereinigten Staaten wirkt. Dort ist der Bachelor seit langem der gesellschaftlich anerkannte Hochschulabschluss und das Tor zum

Beruf. Dieser gesellschaftliche Stellenwert des Bachelor ist in Deutschland noch nicht erreicht. Er bleibt eine Aufgabe der Bildungspolitik wie für die Wirtschaft. Notwendig ist eine Überarbeitung vieler Bachelor-Studiengänge im Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit und andererseits ein klares Karriereangebot für diesen Abschluss.

Dennoch wird es schwer sein, in gesellschaftlich geprägte Lebensplanungsvorstellungen einzugreifen. Versuche, die Verweildauer im Bildungssystem durch Verdichtung und höheres Tempo (Stichwort G8) zu verkürzen, haben viele Widerstände erzeugt. Sicherlich besteht eine wechselseitige Beeinflussung von langem Studium, spätem Berufseintritt, später Familiengründung und niedriger Geburtenrate. Aber die dahinter stehenden Einstellungsmuster sind nicht allein Gegenstand der Bildungspolitik.

Solange sich die Berufsaussichten durch einen frühen Berufseintritt nicht deutlich verbessern, werden dadurch die Einstellungsmuster kaum geändert. Es wird Aufgabe von Wirtschaft und Bildungspolitik sein, nachzuweisen, dass die Entscheidung für Ausbildung oder Studium keine Entscheidung über zukünftigen sozialen Status oder Lebens-einkommen ist, „dass eine berufliche Ausbildung keine Einbahnstraße ist, dass wir ein hohes Maß an Durchlässigkeit haben.“(Wissenschaftsrat)

Unterstützungssystem 2: Duale Ausbildungs- und Studiengänge und Fachhochschulen ausbauen und aufwerten

Insbesondere die dualen Ausbildungs- und Studiengänge, die Verbindung von Theorie und Praxis, von beruflicher und schulischer Ausbildung hat sich in der Krise als widerstandsfähig erwiesen. Die Abbrecherquoten sind gering. Ausbildungsbetriebe sind durch engen persönlichen Bezug in der Lage, selbst Jugendliche ohne Schulabschluss aufzunehmen und ihnen eine neue Chance zu geben. Wurde im Zeichen weltweiter Arbeitsteilung erwartet, dass sich Hochqualifizierte und Unqualifizierte weiter polarisieren und die Unqualifizierten keine Berufseinstiegschance haben würden, ist das jedenfalls in der Bundesrepublik so nicht eingetreten. Die Zahl der nichtqualifizierten Arbeitslosen unter den Jugendlichen ist in den vergangenen zehn Jahren beständig gesunken (2014 liegt sie bei 270.000).

Die Politik hat sich in den vergangenen Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung um die Pflege und Ausweitung **3**

der Studienplatzkapazitäten an den deutschen Universitäten gekümmert. Dabei werden die Fachhochschulen nicht genügend ins Blickfeld genommen. Es ist keineswegs so, dass diese unter mangelnder Nachfrage leiden würden. Der oft hohe NC zwingt zu viele Interessenten jedoch zumindest für eine Warteschleife an die Universitäten. Bund und Länder brauchen hier einen Politikwechsel. Zusätzliche Studienplätze an den Fachhochschulen können eine ausgewogenere Verteilung auf die Studiengänge erzeugen. Aus wirtschaftlicher Sicht ist hier die Angebotspolitik quantitativ und qualitativ mit hohen Erfolgsaussichten anzusetzen. Hier außerdem den Schritt in die wissenschaftliche Arbeit zu erleichtern, könnte eine Antwort auf wachsende Anforderungen des globalen Wettbewerbs sein, würde aber auch grundsätzlich die Attraktivität dieses Bildungsganges für junge Menschen steigern. Die Gewährung des Promotionsrechts für Fachhochschulen scheint unter diesen Gesichtspunkten mehr als folgerichtig zu sein.

Unterstützungssystem 3: Studienabbrecher abbauen

In diesem Zusammenhang ist die hohe Zahl der Studienabbrecher oder Studienwechsler im oder nach dem ersten Jahr an der Universität zu betrachten. Hier besteht auch aus ökonomischer Sicht hoher Handlungsbedarf. Abbruchraten von über 50 Prozent sind ein volkswirtschaftlicher, betriebswirtschaftlicher und menschlicher Skandal. Diese Abbruchzahlen sind beeinflussbar und es lohnt sich, auf die Einflussfaktoren zu schauen.

Die Finanzierung der Universitäten orientiert sich zu wenig am Erfolg. Die Zuweisung für die Lehre wird in vielen Ländern auf der Grundlage der besetzten Studienplätze berechnet. Dabei sind die Anfangssemester entscheidend. Ein Umsteuern auf den Erfolg eines Studienganges, abgelesen an der Zahl der erfolgreichen Abschlüsse würde das Anreizsystem für die Universitäten grundlegend ändern. Wie in betrieblichen Ausbildungsgängen wäre jeder Abbruch ein ökonomischer Verlust. Ähnlich den angelsächsisch geprägten Universitäten werden dann die Anreize gesetzt, beispielsweise das Tutorensystem auszubauen oder die Lehre qualitativ weiterzuentwickeln.

Ressourcen: Umsteuern um der Zukunft und der Gerechtigkeit willen

Die Steigerung der Studienanfängerrate eines Jahrgangs von 11 Prozent im Jahre 1970 auf 55 Prozent im Jahre 2013 hat auch in der Gesamtzahl mehr jungen Menschen eine Chance gegeben, am gesellschaftlichen Aufstieg teilzunehmen. Damit können heute mehr Kinder, deren Eltern nicht Akademiker sind, eine Hochschule besuchen. Dennoch sind sie immer noch weit unterproportional an der Gesamtzahl beteiligt. Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass das bei weitem nicht nur an den Barrieren der Hochschulen liegt.

Die Weichen für diese Chancenungleichheit werden schon früh und dann immer wieder gestellt. Bildungsferne hat soziale Komponenten, ist aber auch milieubedingt. Gerade als Einwandererland müssen wir uns mehr einfallen lassen, um die Potentiale der Kinder nichtdeutscher Herkunft abzurufen. Viel zu oft scheitern sie von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule an vielen / viel zu vielen kleinen und großen Hindernissen. Die derzeitige Vielfalt der Bildungswege und die immer wieder neuen Chancen für spätere Entwicklungen sind eine durchaus erfolgreiche, letztlich aber noch nicht zufriedenstellende Antwort.

Die Gesellschaft muss mehr in die frühkindlichen Bildungsmöglichkeiten investieren. Gerade in den Ballungsräumen zeigt sich, dass an Brennpunktschulen mit vielen Schülern nichtdeutscher Herkunft und aus Elternhäusern, die Transferleistungen beziehen, die Hindernisse und Erschwernisse kumulieren. Bisher unterscheidet das Zuteilungssystem im Bildungswesen bei den Personalkosten und bei den Sachausgaben im Wesentlichen nur nach Schülerzahlen und nicht nach den realen Bedingungen. Es gibt kein Anreizsystem, die Herausforderungen anzunehmen. Dabei sollte der Grundsatz gelten, Schulen mit schwierigen Bedingungen erhalten mehr Geld als andere.

Das deutsche Bildungswesen produziert nicht zu viele Akademiker, es bleiben vielmehr immer noch zu viele Jugendliche auf der Strecke. Gesellschaftliche Werteinstellungen sind Grundlage für Fehlsteuerungen. Auf unsere Stärken sich besinnen, heißt jetzt mit Korrekturen beginnen!